



10.13

Editorial

Gesellschaft

Soziale Mobilität in Deutschland
Alles andere als Vielfalt und Chancengleichheit

Demographie

Demographie und Rente in Szenarien
Alterung von Migranten fordert Politik und Gesellschaft
Rentnern in Deutschland droht der soziale „Wohn-Abstieg“

Arbeitsmarkt

Studie zur psychischen Widerstandsfähigkeit berufstätiger Menschen

Gesundheitswesen

Gesundheitswesen Schweiz 2013
Grundsätze sicherer Personalbemessung für die Pflege veröffentlicht

Management

Expertenentscheidungen folgen einfachen Strategien

Marketing

Social Media-Firmenmarketing ist wenig gefragt

Umwelt

Energiearmut – eine neue Herausforderung

Europa

Beschäftigungspotenzial des ambulanten Pflegesektors in Europa



trend
informationen

für Führungskräfte der
Sozialwirtschaft

Materialien

Alternde Gesellschaft - eine Bedrohung? Ein Gegenentwurf von Andreas Kruse

Impressum

Editorial

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Bundestagswahl 2013 hat der Generali Zukunftsfonds zum Anlass genommen, die Politik zu mehr politischer Teilhabe der Generation 65 plus aufzufordern. Eine Auswertung der Generali Altersstudie habe ergeben, dass es in Zeiten des demographischen Wandels nicht genügt, die „Alten“ mit dem Angebot von Wohltaten zu umwerben. Die Menschen zwischen 65 und 85 Jahren wollten mitbestimmen und mitgestalten.

„Die aktuelle Altersgeneration ist überwiegend gut informiert und keineswegs nur an den eigenen Belangen interessiert. Während das politische Interesse in der Gesamtbevölkerung abnimmt, steigt es bei den 65- bis 85-jährigen“, so die Generali Altersstudie. Bund, Länder und Kommunen sollten schnellstmöglich „von einer Politik für die Alten zu einer Politik mit den Alten“ übergehen. Schließlich spiegle sich die demographische Entwicklung in der Altersstruktur der Wahlberechtigten wider. Schon bei der Bundestagswahl 2013 stellten die Menschen über 60 mit 33,7 Prozent rund ein Drittel der insgesamt 61,8 Millionen Wahlberechtigten – Tendenz steigend.

In ihrem „Monitor 04“ stellt der Generali Zukunftsfonds einige Positionen und konkrete Forderungen von 65- bis 85-jährigen Menschen an die Bundesregierung und an die Kommunen vor. Diese zeigen, dass die älteren Menschen an einer generationengerechten und nachhaltigen Politik interessiert sind. So erwarten sie von der Bundesregierung z. B. die Verringerung der sozialen Unterschiede zwischen Arm und Reich (68 %), die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (59 %), die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf (58 %) und die Verringerung der Staatsverschuldung (58 %). Nur eine altersspezifische Erwartung bewegte sich in dieser Größenordnung: mehr Geld für Pflege und Gesundheit (68 %).

Auf kommunaler Ebene wird hingegen in vielen Punkten ein Handlungsbedarf gesehen, um die Situation für ältere Menschen zu verbessern. Zu den Forderungen hier gehören vor allem eine Sicherstellung der Qualität von Pflegeheimen (56 %), die Berücksichtigung der Bedürfnisse älterer Menschen im Nahverkehr (56 %) und die Bereitstellung von genügend Angeboten für altersgerechtes Wohnen (51 %).

Die Generation 65 plus bringe Engagement, Wissen und Zeit mit, um die Gesellschaft aktiv mitzugestalten. Dies werde zurzeit noch wenig genutzt. Es brauche neue Möglichkeiten und Formate zur politischen Teilhabe älterer Menschen. Es gebe zwar bereits gute Beispiele, in denen die Kompetenz Älterer systematisch einbezogen werde, dies seien aber bisher vereinzelte Leuchttürme. Politik, Unternehmen und Zivilgesellschaft seien aufgefordert, die hohe Engagementbereitschaft der Älteren „besser zu erkennen, zu nutzen und zu fördern.“

Langfristig betrachtet wird unsere Gesellschaft auf dieses Engagement nicht verzichten können.
Das denkt

Ihre Redaktion

Der „Monitor 04“ steht auf der Website des Generali Zukunftsfonds [zum Download](#) bereit. Die Generali Altersstudie 2013: „Wie ältere Menschen leben, denken und sich engagieren“ (592 S.) ist zum Preis von 4,50 Euro bei der [Bundeszentrale für politische Bildung](#) beziehbar.

Gesellschaft

Soziale Mobilität in Deutschland

Der soziale Aufstieg wird in Deutschland immer schwieriger. Diese These entspricht der allgemeinen Wahrnehmung der Bevölkerung sowie den Ergebnissen vieler Studien zu diesem Thema aus der jüngsten Vergangenheit. So konstatiert z. B. der aktuelle Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, dass die Dynamik der absoluten Aufwärtsmobilität deutlich erlahmt zu sein scheint.

Zu einer gegenteiligen Schlussfolgerung kommen hingegen die Forscher Holger Schäfer und Dr. Jörg Schmidt vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) in ihrer Ende August 2013 vorgestellten und von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) finanzierten Kurzstudie „Chancengerechtigkeit durch Aufstiegsmobilität“.

Anhand von Daten des sozio-ökonomischen Panels, einer jährlichen Wiederholungsbefragung von ca. 20.000 Personen, haben die Autoren für den Zeitraum von 2005 bis 2011 das Ausmaß der sozialen Mobilität in Deutschland analysiert. Der Fokus der Untersuchung liegt auf der Teilhabe am Arbeitsleben sowie der gesellschaftlichen Partizipation, gemessen an der relativen Einkommensposition. Dabei zeigt sich nach Ansicht der Autoren, dass es in Deutschland sowohl in Bezug auf die Beteiligung am Erwerbsleben als auch hinsichtlich des Einkommens ein durchaus **nennenswertes Ausmaß an sozialer Mobilität** gibt. Dieses Ergebnis fußt auf den empirischen Befunden der Analyse, die sich im Wesentlichen wie folgt zusammenfassen lassen:

- **Dauerhafte Arbeitslosigkeit ist kein Massenphänomen:** Im untersuchten Zeitraum ist nur jeder zwanzigste Arbeitslose durchgehend als arbeitslos gemeldet.
- **Personen am unteren Rand der Gesellschaft gelingt meist früher oder später ein sozialer Aufstieg:** Ein Viertel aller Personen aus der untersten Einkommensschicht kann binnen eines Jahres einen sozialen Aufstieg realisieren. Des Weiteren verbleiben nur weniger als 20 Prozent der Bevölkerung über viele Jahre hinweg in der untersten Einkommensschicht.
- **Soziale Aufstiege oft nachhaltig:** Ein sozialer Aufstieg ist für die meisten keine Momentaufnahme. Im ersten Jahr nach dem Aufstieg fällt nur ein Drittel der Aufsteiger wieder zurück. Nach dem zweiten Jahr können sich sogar fast 90 Prozent in höheren Einkommensschichten halten. Hinzu kommt, dass Aufsteiger auch nach 5 Jahren sozial noch deutlicher besser gestellt sind als Personen, die keinen Aufstieg realisieren konnten.
- **Beschäftigungsaufnahme erhöht die Aufstiegschancen:** Hinsichtlich des Erwerbsstatus und der Bedeutung der Erwerbstätigkeit zeigt sich, dass die Chancen für einen Aufstieg in eine höhere Einkommensschicht bei den Personen, die eine Arbeit aufnehmen, von rund 15 Prozent auf etwa 43 Prozent steigen.

- **Bildung ist eine bedeutende Determinante:** Als eine entscheidende Voraussetzung für die Aufstiegsmobilität stellt sich das Bildungsniveau heraus. So liegt die jährliche Aufstiegsquote von Menschen ohne Ausbildung in eine höhere Einkommensschicht bei 18 Prozent. Demgegenüber weisen Personen mit einer Berufsausbildung eine Quote von 22 Prozent sowie Universitätsabsolventen sogar einen Wert von 33 Prozent auf.
- **Haushaltstyp ist kein eindeutiges Kriterium:** Die Haushaltszusammensetzung lässt in Bezug auf die Aufstiegsmobilität keine eindeutigen Rückschlüsse zu. Tendenziell ist jedoch eine ansteigende Aufstiegsmobilität festzustellen, wenn im Rahmen von Statuswechseln ein Paarhaushalt ohne Kinder entsteht.

Nicht beurteilen lässt sich anhand der Ergebnisse jedoch, ob das Ausmaß an sozialer Mobilität ausreichend ist, um zukünftig beispielsweise die soziale Gerechtigkeit zu erhöhen oder den Anteil armutsgefährdeter Personen zu verringern.

Die Studie „Chancengerechtigkeit durch Aufstiegsmobilität“ (31 S; Institut der deutschen Wirtschaft Köln) steht [hier zum Download](#) bereit.

Alles andere als Vielfalt und Chancengleichheit

Dass es nicht immer ganz einfach ist mit der Chancengerechtigkeit, zeigt dagegen der Bericht „Diskriminierung im Bildungsbereich und im Arbeitsleben“, den die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) in Zusammenarbeit mit den zuständigen Beauftragten der Bundesregierung und des Bundestages zum zweiten Mal erstellt hat. Im Fokus der Untersuchung standen Benachteiligungen aufgrund der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität in Deutschland. Die Ergebnisse basieren auf verschiedenen wissenschaftlichen Untersuchungen, die von der ADS in Auftrag gegeben wurden. Der Bericht liefert einen umfassenden Überblick über Forschungsergebnisse im Bereich Diskriminierung und ausführliche Handlungsempfehlungen für beide Lebensbereiche.

Aussicht auf Bildungserfolg getrübt

Die Trennung in verschiedene soziale Gruppen beginnt bereits mit der frühkindlichen Betreuung. So werden die verfügbaren Betreuungsplätze in Kitas gerade von Kindern mit Migrationshintergrund, Kindern aus bildungsfernen Familien und Kindern mit Behinderung in deutlich unterrepräsentierter Form in Anspruch genommen. Dies bedeutet, dass sie die frühen Möglichkeiten zur Kompensation ungünstiger Ausgangsbedingungen nicht in dem erforderlichen Maße in Anspruch nehmen.

Für Kinder mit Behinderungen ist – allen bisherigen Inklusionsbemühungen zum Trotz – zudem eine eindeutige Form institutioneller Diskriminierung durch die häufig praktizierte Exklusion aus sozial-räumlichen Bezügen in Sonderinstitutionen auszumachen. Fast ein Drittel der behinderten Kinder wird in separaten Einrichtungen betreut. Eine ähnliche Segregation erleben Kinder mit Migrationshintergrund, die häufig in Stadtteilen mit besonders großem Migrationsanteil leben. Das bedeutet, dass die Option des Ausgleichs von Bildungsdisparitäten durch gemeinsames Leben und Lernen in heterogenen Gruppen nur bedingt

genutzt werden kann. Hinzu kommt eine mangelnde Förderung der Mehrsprachigkeit. Eine Chance böte eine größere Vielfalt an Personal in Kindertageseinrichtungen. D. h. mehr Männer, mehr Menschen mit Migrationshintergrund, mit Behinderung und unterschiedlichen Alters.

Besonders in der Einschulungsphase und am Ende der Grundschulzeit können Vorurteile den Bildungsweg nachteilig beeinflussen. So werden etwa bei Kindern mit Migrationshintergrund Leistungen nur aufgrund fehlender Deutschkenntnisse unterschätzt. In einem Viertel der Fälle kommt es Studien zufolge zu Fehlplatzierungen im Übergang zwischen Grundschule und Sekundarstufe I. Insgesamt gaben jeder vierte Schüler oder Student mit Migrationshintergrund sowie 36 Prozent der Menschen mit Behinderung an, im Bildungsbereich diskriminiert zu werden. ([ADS Benachteiligung Ost-West-Vergleich 2012](#), S.9-10 und [ADS-Umfrage Behinderung 2013](#)).

Schulen fehlt es an Vielfalt

Als problematisch kann gesehen werden, dass es in den meisten Schulgesetzen der Länder an einem umfassenden Schutz vor Diskriminierung mangelt. Weder gibt es ausreichend ausdrückliche Verbote von Benachteiligungen, noch sind die Wege für eine Beschwerde und den Rechtsschutz klar definiert. Der Bericht fordert, hier Schutzlücken zu schließen. Hinzu kommt, dass es Schulen zum Teil immer noch an Vielfalt fehlt. Dies betrifft zum einen den Lehrkörper (s. o.). Aber auch Schulmaterialien reproduzieren Stereotype, etwa rassistische Vorstellungen oder normative Vorstellungen über Familie. Lernenden und Lehrenden fehlt es zudem an Wissen über Rechte bei Diskriminierung, Beratungsmöglichkeiten und Ansprechpartner.

Noch schwieriger gestalten sich der Zugang und der Besuch einer Hochschule. Kinder aus Akademikerfamilien haben eine dreimal höhere Chance, ein Hochschulstudium aufzunehmen, als Kinder aus Familien ohne Hochschulbildung. Gründe sind u. a. eingeschränkte Finanzierungsmöglichkeiten, eine mangelnde Vertrautheit mit dem System Hochschule, fehlende bauliche Barrierefreiheit und bürokratische Hindernisse.

Der Bericht konstatiert, dass sich Diskriminierungserfahrungen am Thema Studienabbruch festmachen lassen: Zu den häufigsten Motiven für den Abbruch des Studiums zählen finanzielle Probleme aufgrund struktureller Benachteiligungen wegen der „sozialen Herkunft“, des Migrationshintergrunds oder einer Behinderung.

Steiniger Weg ins Berufsleben

Die meisten Beratungsanfragen zu Diskriminierungen im Arbeitsumfeld erhielt die ADS in den Jahren 2010 bis 2012 von Menschen, die wegen ihres Alters (25,9 Prozent), ihres Geschlechts (25,5 Prozent), einer Behinderung (20,9 Prozent) oder ihrer ethnischen Herkunft (17,3 Prozent) benachteiligt worden sind. Der Hauptteil der Anfragen betraf den Zugang zum Arbeitsleben sowie die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen.

Niemanden auf der Strecke lassen

Die Antidiskriminierungsstelle empfiehlt in ihrem Bericht unter anderem die Einrichtung von unabhängigen Beschwerdestellen an Schulen und Hochschulen, die Betroffenen rasche und niederschwellige Hilfe anbieten. In den Landesbildungsgesetzen müsse außerdem ein umfassender Diskriminierungsschutz verankert werden. Dieser solle die im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz genannten Merkmale (ethnische Herkunft, Religion, Weltanschauung, sexuelle Identität, Alter, Behinderung und Geschlecht) beinhalten, aber darüber hinaus auch Benachteiligungen aufgrund der „sozialen Herkunft“.

Im Bereich des Arbeitslebens spricht sich die Antidiskriminierungsstelle unter anderem dafür aus, die Vielfalt in der Belegschaft besser zu fördern, zum Beispiel durch die Nutzung innovativer Rekrutierungsverfahren wie den anonymisierten Bewerbungen, die auf ein Foto des Bewerbers sowie auf Namen, Adresse, Geburtsdatum oder Angaben zu Alter, Familienstand oder Herkunft verzichten .

Die 450 Seiten umfassende Untersuchung „Diskriminierung im Bildungsbereich und im Arbeitsleben“ sowie weitere Materialien dazu können auf der [Homepage des ADS](#) abgerufen werden.

Demographie

Demographie und Rente in Szenarien

Im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) hat das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) die Studie „Demographie und Rente: Die Effekte einer höheren Erwerbstätigkeit Älterer auf die Beitragssätze zur Rentenversicherung“ durchgeführt. Untersucht wurde, wie sich die künftigen Rentenbeiträge verändern, wenn verschiedene Annahmen zur Erwerbsbeteiligung älterer Menschen und des gesetzlichen Rentenzugangs getroffen werden. Dazu wurden neun verschiedene Szenarien betrachtet. Zudem wurde hochgerechnet, welche Rentenbeiträge notwendig wären, um das derzeitige Rentenniveau auch in Zukunft zu halten.

Unterscheidung nach Erwerbsquote, Erwerbslosenquote und Arbeitszeit

Die neun verschiedenen Szenarien analysierte die Studie im Rahmen eines Rentenmodells. Für die einzelnen Szenarien wurden unterschiedliche Annahmen hinsichtlich der Erwerbsquote, der Erwerbslosenquote und der Arbeitszeit von Menschen im Alter ab 54 Jahre getroffen. Zugrunde gelegt wurde ein Referenzszenario, das davon ausgeht, dass sich die drei genannten Komponenten in Zukunft gemäß der derzeit zu beobachtenden Trends entwickeln werden. Für alle Szenarien gleich wurde die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung des Statistischen Bundesamtes zugrunde gelegt.

In den Szenarien 2 bis 5 wurde gegenüber dem Referenzszenario nur die Annahme zur Entwicklung der Erwerbsquote variiert. Zudem wurden in Szenario 2 eine „Rente mit 65“ und damit ein Wegfallen der beschlossenen Heraufsetzung des gesetzlichen Rentenalters und in Szenario 3 „Rente mit 69“ eine weitere Erhöhung der Regelaltersgrenze angenommen. Szenario 4 nimmt an, dass die Erwerbsquote Älterer konstant ihren heutigen Wert behält; Szenario 5 geht davon aus, dass sie sich im Vergleich zu den absehbaren Entwicklungen überproportional erhöhen wird.

In Szenario 6 geht man von einem starken Absinken der Erwerbslosenquote Älterer aus. Szenario 7 legt die Annahme zugrunde, dass sich die durchschnittliche Arbeitszeit älterer Arbeitnehmer/innen im Vergleich zum Referenzszenario erhöht. Szenario 8 geht davon aus, dass alle Komponenten konstant zu ihren heutigen Ausgangswerten bleiben (Stillstandszenario), d. h. dass sich das Arbeitsvolumen vergleichsweise ungünstig entwickelt. Das „Best-Case“-Szenario 9 geht dagegen davon aus, dass sich alle Komponenten sehr positiv entwickeln werden, so dass sich das Arbeitsvolumen stärker erhöht als die heute zu beobachtenden Trends nahelegen.

Zwei Modellrechnungen

Für jedes der Szenarien wurden zwei Berechnungen bis zum Jahr 2030 durchgeführt, für ausgewählte Szenarien bis 2050. Zunächst wurde errechnet, welche Rentenhöhe und welche Beitragssätze sich für die verschiedenen Szenarien ergeben würden, wenn sich das Rentenniveau entsprechend des derzeit gesetzlich geltenden Nachhaltigkeitsfaktors entwickeln würde. Die zweite Berechnung verzichtete auf die dämpfende Wirkung des Nachhaltigkeitsfaktors und simulierte, wie sich der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung entwickeln würde, wenn das Rentenniveau relativ zum Durchschnittslohn konstant gehalten

würde. Mit Hilfe dieser Berechnungen sollte abgebildet werden, wie sich Änderungen der Erwerbstätigkeit Älterer in wichtigen Kenngrößen der gesetzlichen Rentenversicherung wie Beitragssatz und Rentenniveau langfristig betrachtet niederschlagen.

Aufgrund der demographischen Entwicklung ist zunächst eine Verschlechterung des Rentenniveaus unausweichlich. Rein um den Effekt der Alterung auszugleichen, müsste die Beschäftigung bereits deutlich wachsen und / oder der Anstieg der Anzahl an Rentnern gedämpft werden.

Die Ergebnisse der Modellsimulationen in der Studie zeigen dementsprechend, dass die Erwerbsbeteiligung älterer Menschen einen erheblichen Einfluss auf die künftige Entwicklung des Rentenniveaus und der Rentenbeiträge ausüben wird. Insbesondere die Erwerbsquote habe sich als entscheidender Faktor erwiesen. Dagegen spielten die Erwerbsbeteiligung und die Arbeitszeit eine nachgeordnete Rolle. Einen deutlichen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung des Rentensystems könne die Rente mit 69 leisten. Das RWI schlägt daher vor, dass erhöhte wirtschaftspolitische Anstrengungen unternommen werden sollten, um insbesondere die Erwerbsquote älterer Personen zu steigern.

Der Projektbericht „Demographie und Rente: Die Effekte einer höheren Erwerbstätigkeit Älterer auf die Beitragsätze zur Rentenversicherung“ (24 S.) steht auf der [Website des RWI](#) zum Download zur Verfügung.

Alterung von Migranten fordert Politik und Gesellschaft

Auch wenn die Altersstruktur von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland insgesamt deutlich jünger ist als die der einheimischen Bevölkerung, ist auch bei den Migranten ein Alterungsprozess erkennbar, der sich in den nächsten Jahren fortsetzen wird. Unter dem Titel „Das Alter wird bunter“ hat daher Elke Obermann, TU Dortmund, eine Analyse erstellt, die die Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlicht hat. Darin untersucht sie Lebenslagen älterer Menschen mit Migrationshintergrund und daraus resultierende Handlungsbedarfe für Politik und Gesellschaft.

Anhand von Modellrechnungen konstatiert sie, dass ältere zugewanderte Menschen zu den am schnellsten wachsenden Bevölkerungsgruppen in Deutschland gehören. Durch die damit einhergehende zunehmende ethnische und kulturelle Vielfalt ergeben sich besondere Herausforderungen an der Schnittstelle von Integrations- und Seniorenpolitik.

Vielfalt von Lebenslagen und Lebensstilen

Die älteren Migranten zeichneten sich durch vielfältige Unterschiede in den Herkunftskontexten, den Migrationsmotiven, der Aufenthaltsdauer, den Lebensumständen und den in Deutschland gesammelten Erfahrungen aus. Zwar begegneten sie im Alter ähnlichen Herausforderungen wie die Einheimischen. Für die Mehrheit gelte jedoch, dass ihre Situation durch soziale Benachteiligungen und soziale Ungleichheit geprägt sei. So verfügten sie über durchschnittlich niedrigere Einkommen und wiesen ein deutlich höheres Armutsrisiko auf (siehe Bericht in den trend informationen 9 /2013). Besonders groß sei dieses Risiko aufgrund der migrationsgeprägten Erwerbsbiographien (Zahl der rentenversicherungsrelevanten Beschäftigungsjahre,

Nichtanerkennung von im Herkunftsland erworbenen Qualifikationen etc.) bei den Zugewanderten aus der Türkei und dem ehemaligen Jugoslawien sowie bei älteren allein stehenden Migrantinnen.

Begrenzter Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen

Im Hinblick auf ihren Gesundheitszustand seien Migranten durch ihre im Durchschnitt ungünstigeren Lebens- und Arbeitsbedingungen und spezifischen psychischen Belastungen im Alter häufig von gesundheitlichen Beeinträchtigungen betroffen. Zudem nutzten sie Angebote der Prävention und der Rehabilitation aufgrund zahlreicher Zugangsbarrieren kaum. Dadurch erhöhe sich das Hilfe- und Pflegebedürftigkeitsrisiko.

Ein erheblicher Teil der älteren Migranten habe nur geringe Deutschkenntnisse. Daher würden Kontakte zu einem deutschen Umfeld im Ruhestand weiter reduziert. Auch Teilhabemöglichkeiten, z. B. in Seniorenorganisationen und -vertretungen, seien damit eingeschränkt. Hinzu komme, dass eine gleichberechtigte Teilhabe im Bereich der Politik schon aufgrund des fehlenden Wahlrechts auch für Menschen, die lange in Deutschland leben, aber eine ausländische Staatsangehörigkeit haben, nicht gewährleistet sei.

Insgesamt stellt Obermann in ihrer Analyse fest, dass ein breites Spektrum an sprachlichen, kulturellen, sozialen, finanziellen, rechtlichen und strukturellen Hindernissen den Zugang älterer Migranten zu gesellschaftlichen Ressourcen und zu Angeboten des Sozial- und Gesundheitswesens beschränke. Hinzu komme, dass die spezifischen Bedürfnisse, Erfahrungshintergründe und Lebenslagen von Migrantinnen und Migranten in den Angeboten der Regelversorgung zu wenig berücksichtigt werde.

Potenziale älterer Migranten nutzen

Dabei greife der Blick auf die Benachteiligungen zu kurz. Zu berücksichtigen seien ebenso besondere Potenziale und Ressourcen, die Migranten z. B. dadurch mitbringen, dass sie im Rahmen ihrer Zuwanderungsgeschichte Strategien und Strukturen für den Aufbau eines neuen Lebens in Deutschland entwickelt haben, u. a. in Form von Migrantenselbsthilfeorganisationen, die eine wichtige Teilhabe- und Unterstützungsfunktion wahrnehmen. Migrant/innen mit guten Deutschkenntnissen und höheren Bildungsabschlüssen wirkten als Vermittler im Gemeinwesen. Zudem sei ein hohes informelles Engagement im familiären und nachbarschaftlichen Umfeld feststellbar. Gerade die Familie sei eine zentrale Ressource für viele ältere zugewanderte Menschen. Hier bestehe in der Regel eine hohe Unterstützungsbereitschaft zwischen den Generationen. Für einen Teil der Migranten finde das Alter auch in Form eines Pendelns zwischen Herkunftsland und Aufnahmeland statt, d. h. in Form von Beziehungen in beiden Ländern.

Handlungsbedarf für Politik und Gesellschaft

Auch wenn es seit gut zwei Jahrzehnten Maßnahmen und inzwischen auch erprobte Konzepte dafür gibt, vorhandene Einrichtungen und Angebote für ältere Menschen mit Migrationshintergrund zugänglich zu machen, stellt Obermann fest: „Von einer flächendeckenden, systematischen migrations- und kultursensiblen Versorgung und einer gleichberechtigten Teilhabe älterer

Migrantinnen und Migranten sind wir noch weit entfernt."

Mit Blick auf die in Zukunft stark wachsende Bevölkerungsgruppe älterer Migrantinnen und Migranten stellten sich für Politik und Gesellschaft vor allem folgende Handlungserfordernisse:

- „Entwicklung und Realisierung integrierter kommunaler Handlungskonzepte zur Verbesserung der Lebens- und Versorgungssituation älterer zugewanderter Menschen“
- „konsequente Umsetzung von Programmen und Maßnahmen zur interkulturellen Öffnung der Altenhilfe und der Gesundheitsversorgung sowie sonstiger relevanter Dienste und Einrichtungen“
- „zielgruppengerechter Ausbau von Prävention und Gesundheitsförderung“
- „Stärkung der familialen Hilfenetze älterer Menschen mit Migrationshintergrund“
- „Stärkung der Selbsthilfe und der Selbstorganisationen innerhalb und außerhalb von Migrantinnenorganisationen“
- „Förderung des Miteinanders von älteren Zugewanderten und Einheimischen“
- „Verbesserung der sozialen und politischen Partizipationsmöglichkeiten älterer Migrantinnen und Migranten“

Die Analyse „Das Alter wird bunter“ nennt dazu zahlreiche Ansatzpunkte. Als Fazit hält Obermann fest, dass es insgesamt in der zukünftigen Auseinandersetzung mit dem Thema Altern in der Migration vor allem darum gehen sollte, durch den Abbau sozialer Ungleichheit und die Gewährleistung von Rechts- und Chancengleichheit die Voraussetzungen und Möglichkeiten für ein selbstbestimmtes, aktives Altern von älteren Menschen mit Migrationshintergrund zu verbessern.

Die Analyse „Das Alter wird bunter“ von Elke Obermann ist im August 2013 erschienen in der Reihe „WISO direkt“ der Friedrich-Ebert-Stiftung und steht auf Website der Stiftung [zum Download](#) zur Verfügung.

Rentnern in Deutschland droht der soziale „Wohn-Abstieg“

Der Wohnungsmarkt in Deutschland ist auf die steigende Zahl älterer Menschen nicht vorbereitet. Es fehlt an barrierearmen Wohnungen ebenso wie an kleinen Wohnflächen. Ein seniorenrechtlicher Wohnungsmarkt würde die Chance bieten, die enorm wachsenden Kosten im Bereich der Pflege wirkungsvoll zu reduzieren. Zu diesen Ergebnissen kommt die aktuelle Studie „Wohnen 65plus“ des Pestel-Instituts.

Die Wissenschaftler aus Hannover geben darin erstmals auf der Grundlage der neuen Zensus-Zahlen eine Prognose für die Bevölkerungsentwicklung. Demnach werden im Jahr 2035 in Deutschland nahezu 24 Millionen Menschen älter als 65 Jahre sein – über 40 Prozent mehr als heute. Damit sei bundesweit ein enorm wachsender Bedarf an Senioren-Wohnungen verbunden.

„Mit der starken Zunahme Älterer wird auch die Zahl der Pflegebedürftigen rasant wachsen“, sagt Studienleiter Matthias Günther. Bereits 2035 werde es 3,5 Millionen Pflegebedürftige geben. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung werde damit von derzeit rund

2,9 Prozent auf dann 4,5 Prozent steigen. Für das Jahr 2050 erwarten die Wissenschaftler sogar mehr als vier Millionen Pflegebedürftige. Jeder Achtzehnte, der in Deutschland lebt, werde dann auf Pflege angewiesen sein. Nach den Hochrechnungen des Instituts werden die Ausgaben im Pflegebereich explodieren: bis 2035 auf knapp 33 Milliarden Euro bei der Pflegeversicherung – ein Plus von 50 Prozent gegenüber heute. Die Hilfe zur Pflege als staatliche Sozialleistung werde dann sogar um das Fünffache auf 18 Milliarden Euro steigen. Insgesamt werde die Pflege im Jahr 2035 rund 25,4 Milliarden Euro mehr kosten als heute.

Seniorenrechtlicher Wohnungsmarkt als Chance

Ein Teil dieser Ausgaben ließe sich vermeiden. Voraussetzung sei allerdings ein seniorenrechtlicher Wohnungsmarkt. Entscheidendes Kriterium dabei: barrierefreie Wohnungen, die eine ambulante Pflege zu Hause ermöglichen. „Wer heute als älterer Mensch auf Pflege angewiesen ist und keine altersgerecht ausgestattete Wohnung hat, ist gezwungen, schon allein deshalb ins Pflegeheim zu gehen, weil eine ambulante Betreuung in den eigenen vier Wänden nicht mehr möglich ist. Wenn sich nichts ändert, wird das künftig die Regel sein“, sagt Matthias Günther.

Für die Pflegekosten sei dies „fatal“. Denn für die Mehrkosten der stationären gegenüber der ambulanten Pflege könne nach den Ergebnissen der Studie von rund 7.200 Euro pro Jahr ausgegangen werden. Dagegen koste der Umbau zur barrierearmen Wohnung durchschnittlich 15.600 Euro. „Rein wirtschaftlich betrachtet, lohnt es sich also, in das altersgerechte Bauen und Sanieren zu investieren“, so Günther. Schon mit den Extrakosten für die Heimpflege lasse sich eine seniorenrechtliche Wohnungsanierung in gut zwei Jahren finanzieren.

Um wirkungsvoll gegen die „graue Wohnungsnot“ in Deutschland vorzugehen, sei die Schaffung von rund 2,5 Millionen zusätzlichen Senioren-Wohnungen in den kommenden Jahren notwendig. Die Gesamtinvestition dafür belaufe sich auf 39 Milliarden Euro – Zahlen, die auch das Bundesbauministerium in einer Studie vertritt. Das Pestel-Institut nennt dazu auch die notwendige Förderhöhe für das altersgerechte Bauen und Sanieren: 540 Millionen Euro jährlich in den kommenden acht Jahren. Günther: „Ein Förder-Euro zieht etwa acht Euro an privaten Investitionsmitteln nach sich. Für eine 39-Milliarden-Euro-Investition muss der Staat also eine 4,33-Milliarden-Euro-Förderung schaffen – in diesem Fall verteilt auf acht Jahre.“

Gezielte Förderung von Senioren-Wohnungsbau erforderlich

Der Wohnungsmarkt für Senioren dürfe nicht länger vernachlässigt werden: „Es wird höchste Zeit, das altersgerechte Bauen und Sanieren stärker zu fördern.“ Die Politik müsse dabei – neben KfW-Krediten – verstärkt auch auf direkte Bau-Zuschüsse und die steuerliche Abschreibung setzen. „Denn ein Kredit mit zwanzig Jahren Laufzeit stößt bei einem Siebzigjährigen in der Regel nur auf wenig Interesse“. Der Pestel-Studienleiter spricht sich für eine gezielte „Senioren-Wohnungsbau-Förderung“ aus. Ältere Menschen lebten oft in zu großen Wohnungen. Es sei notwendig, ihnen kleinere und damit bezahlbare Wohnungen anzubieten. Dies insbesondere auch vor dem Hintergrund einer zunehmenden Altersarmut. Bereits heute seien rund drei Prozent der Senioren auf Grundsicherung im Alter angewiesen. Ihre Zahl werde in den kommenden zwanzig Jahren auf mehr als 25 Prozent steigen.

Erwartungen der Auftraggeber an die Politik

Die Studie zum Senioren-Wohnen hat das Verbändebündnis „Wohnen 65plus“ in Auftrag gegeben. Dazu gehören: der Deutsche Mieterbund (DMB), der Sozialverband VdK Deutschland, der Bund Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure (BDB), die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), die Deutsche Gesellschaft für Mauerwerks- und Wohnungsbau (DGfM) und der Bundesverband Deutscher Baustoff-Fachhandel (BDB).

Das Bündnis wirft den Parteien vor, das drängende Thema „Wohnen im Alter“ nicht mit der erforderlichen Aufmerksamkeit zu beachten. Das treffe insbesondere auf die gezielte Vermeidung künftiger Kostenbelastungen zu. „Die jetzige Bundesregierung hat sich gewissermaßen vom altersgerechten Bauen und Sanieren verabschiedet und den KfW-Fördertopf von ursprünglich 100 Millionen Euro jährlich auf Null gesetzt. Die neue Bundesregierung wird sich daran messen lassen müssen, ob sie es ernst meint und 540 Millionen Euro für das Senioren-Wohnen bereitstellt“, so das Verbändebündnis „Wohnen 65plus“ im August 2013.

Das Bündnis erwartet von den Parteien „entschlossenes Handeln und weniger Taktieren“. Eine spezifische Motivation für die Zielgruppen fehle völlig: „Um freie Investoren zu gewinnen, sind Abschreibungsmöglichkeiten notwendig. Für betroffene ältere Menschen ist eine Zuschussvariante attraktiv“, so das Verbändebündnis „Wohnen 65plus“. Alles andere sei „Wortklauberei und wird dem Stellenwert nicht gerecht, den das Thema angesichts der Faktenlage haben sollte“.

Die Studie steht [hier](#) zum Download zur Verfügung.

Arbeitsmarkt

Studie zur psychischen Widerstandsfähigkeit berufstätiger Menschen

Berufstätige Menschen können ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber psychischen Belastungen trainieren und sich vor Burn-out-Symptomen und psychosomatischen Beschwerden, wie etwa Rückenschmerzen, deutlich besser schützen. Fehlzeiten und die Gefahr einer Berufsunfähigkeit können so erheblich vermindert werden. Das ist das Ergebnis der Studie „Führung, Gesundheit und Resilienz“, die die Bertelsmann Stiftung zusammen mit "mourlane management consultants" unter wissenschaftlicher Begleitung des Fachbereiches Arbeits- und Organisationspsychologie der Goethe-Universität in Frankfurt am Main durchgeführt hat. Die Daten für die Untersuchung wurden von April bis September 2012 von 564 Personen aus 121 deutschen kleinen und mittleren Unternehmen sowie Konzernen erhoben.

Hintergrund und Methodik

Die wachsende Zahl von Burn-Out-Fällen und Ausfällen von Arbeitnehmer/innen aufgrund psychologischer Erkrankungen stellt eine wachsende Herausforderung für Unternehmen und für die Gesellschaft dar. Was können Unternehmen für Mitarbeiter und Führungskräfte tun, um dem entgegenzuwirken? Welchen Einfluss hat die Führung auf die psychologische Gesundheit? Wie kann durch Resilienztrainings im Rahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM) die psychologische Widerstandsfähigkeit gestärkt werden? Diese Fragen wurden im Rahmen der Studie betrachtet. Ihr Ziel war es, den Zusammenhang zwischen den Variablen Führung, Gesundheit und Resilienz (psychische Widerstandsfähigkeit) zu untersuchen und daraus Handlungsempfehlungen abzuleiten.

Im Rahmen der Studie wurden zunächst sieben Resilienzfaktoren – Emotionssteuerung, Impulskontrolle, Kausalanalyse, realistischer Optimismus, Empathie, Selbstwirksamkeitsüberzeugung und Zielorientierung – sowie der Resilienzquotient einer Person (RQ = Mittelwert der Resilienzfaktoren) gemessen. Eine weitere Messung erfasste den Burn-Out-Wert auf der Basis der Dimensionen Zynismus, emotionale Erschöpfung und Gefühl von Leistungsfähigkeit und Effektivität, eine dritte analysierte anhand von 20 Fragen das Ausmaß an psychischen Beschwerden. Zudem wurde auf der Basis eines 71 Fragen umfassenden Fragebogens die Güte der Führung gemessen. Die Hypothese dahinter ging davon aus, dass gutes Führungsverhalten gezielt Einfluss auf die psychologischen Grundbedürfnisse eines Menschen nimmt. Weitere Messungen erfassten das Maß der Zufriedenheit mit der Arbeit und das Persönlichkeitsprofil der Teilnehmer. Die Teilnahme an der Studie war freiwillig.

Ergebnisse

Im Rahmen der Studie wurden überwiegend Korrelationskoeffizienten berechnet und auf ihre Signifikanz überprüft. Dabei ergab sich z. B. eine mittlere bis hohe Korrelation zwischen dem RQ einer Person und ihrer Gesundheit (Burn-Out-Variablen und psychosomatischen Beschwerden) sowie ein geringer bis mittlerer Zusammenhang zwischen den Resilienzfaktoren und der Arbeitszufriedenheit. Die mittleren und hohen Zusammenhänge zwischen der Güte des Führungsverhaltens und der erlebten Gesundheit und Arbeitszufriedenheit, die bereits andere Studien festgestellt hätten, konnten in dieser Studie bestätigt werden.

Bei einer vergleichenden Betrachtung im Bereich Resilienz zwischen Mitarbeitern und Führungskräften sowie zwischen Frauen und Männern ergab die Untersuchung, dass Führungskräfte über einen signifikant höheren RQ als Mitarbeiter verfügen. Dagegen konnten zwischen Frauen und Männern keine Unterschiede bezüglich des RQ festgestellt werden. Unterschiede ergaben sich erst bei einer Einzelanalyse der verschiedenen Faktoren.

Ausblick

Auch wenn die Studie deutlich darauf hinweist, dass es für klare Aussagen über Ursache-Wirkungszusammenhänge weiterer Untersuchungen bedürfe, kommt sie zum folgenden Ausblick:

„Menschen mit einer hohen Resilienz berichten über weniger Burn-Out-Symptome und psychosomatische Beschwerden. Da man die Resilienz eines Menschen trainieren und weiterentwickeln kann, könnte eine Integration von Resilienztrainings in das betriebliche Gesundheitsmanagement eines Unternehmens einen positiven Einfluss auf die einleitend berichteten hohen Fehltag- und Fälle von Berufsunfähigkeit aufgrund psychologischer Erkrankungen haben.“

Mit ihrem Führungsverhalten haben Führungskräfte einen bedeutenden Einfluss auf die Gesundheit und die Arbeitszufriedenheit der Mitarbeiter. Insbesondere gelte das dann, wenn das Führungsverhalten auf die psychologischen Grundbedürfnisse der Menschen nach Orientierung und Kontrolle, nach Sinn und Stimmigkeit, nach Lustgewinn und Unlustvermeidung, nach Selbstwerterhöhung und Selbstwertschutz sowie nach Bindung abziele. „Der größte Zusammenhang bestand hier zu dem Faktor Kohärenz, also dem Bedürfnis nach „Sinn & Stimmigkeit“ eines Menschen. Dies gibt wiederum einen starken Hinweis darauf, dass Führungskräfte vor allem durch ein authentisches, vorbildliches und Sinn-vermittelndes Führungsverhalten einen positiven Einfluss auf die Zufriedenheit und die Gesundheit ihrer Mitarbeiter nehmen können“, so die Studie.

Führungskräfte könnten die Resilienz ihrer Mitarbeiter am ehesten fördern, wenn sie diesen einerseits Orientierung, andererseits ein gewisses Maß an Kontrolle über ihren Arbeitsbereich und ihre Aufgaben geben und so deren Selbstwirksamkeitsüberzeugung fördern.

Insgesamt könne der Resilienzquotient eines Menschen als wichtiger Indikator für beruflichen Erfolg gesehen werden. So zeichneten sich Mitarbeiter mit einer hohen psychischen Widerstandsfähigkeit dadurch aus, dass sie ihre Arbeit mit großer Gewissenhaftigkeit erledigen, sich mit anderen Menschen besser verstehen, neugieriger sind und vor allem von anderen als emotional stabiler wahrgenommen werden. Führungskräfte verfügten oft über eine höhere Widerstandsfähigkeit als Mitarbeiter. Sie könnten ihre Emotionen besser steuern, seien disziplinierter, empathischer, setzten sich immer wieder aufs Neue herausfordernde Ziele und glaubten häufiger an ihre Fähigkeiten. Dem RQ eines Mitarbeiters könnte in Zukunft einerseits eine verstärkte Aufmerksamkeit bei der Auswahl und andererseits bei der Entwicklung von Führungskräften geschenkt werden.

„Folgt man den Ergebnissen der Studie, sollten Trainings, die die Resilienz steigern, bald zum Standardangebot des betrieblichen Gesundheitsmanagements in den Betrieben gehören. Davon können dann sowohl Mitarbeiter und Führungskräfte als auch Unternehmen profitieren“. Dieses Fazit zieht Detlef Hollmann, Projekt-Manager der Bertelsmann Stiftung.

Die Studie „Führung, Gesundheit und Resilienz“ steht [hier](#) zum Download zur Verfügung.

Gesundheitswesen

Gesundheitswesen Schweiz 2013

Das Gesundheitswesen ist eine der größten Branchen der Schweizer Volkswirtschaft und ein Wachstumssektor mit zunehmender Bedeutung. Es steht aber in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund hat die „Credit Suisse“ jetzt die Studie „Gesundheitswesen Schweiz 2013 – Der Spitalmarkt im Wandel“ veröffentlicht. Sie bietet neben einer volkswirtschaftlichen Gesamtbetrachtung des Schweizer Gesundheitswesens detaillierte Informationen zum Spitalmarkt. Im Folgenden finden Sie einige Ergebnisse der Studie:

Wachstumssektor Gesundheitswesen

Im Jahr 2011 beliefen sich die Kosten des Gesundheitswesens auf 11 Prozent, die Wertschöpfung lag bei knapp 5 Prozent des Bruttoinlandproduktes. Damit ist es eine der größten Branchen der Schweizer Wirtschaft. Während die Gesamtausgaben im Jahr 1995 noch 36 Mrd. CHF betrugten, stiegen sie bis ins Jahr 2011 bereits auf 65 Mrd. CHF an, was einem durchschnittlichen nominalen Wachstum von 3,8 Prozent pro Jahr entspricht. Das Wachstum dürfte sich in Zukunft fortsetzen. Zum einen wird die Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen durch die Zunahme der Bevölkerung (Prognose: Wachstum um durchschnittlich 0,6 Prozent jährlich bis 2040), durch die demographische Alterung und mit zusätzlichem Wohlstand weiter wachsen. Kostensteigernd werden sich wahrscheinlich aber vor allem Innovationen aus verschiedensten Bereichen auswirken – insbesondere der medizinisch-technologische Fortschritt, ebenso eine Mengensteigerung bzw. eine Erweiterung des Leistungskatalogs.

Der Anteil der Gesundheitsausgaben liegt bei den Spitälern mit 36,0 Prozent am höchsten, gefolgt von den ambulanten Versorgern mit einem Anteil von 30,8 Prozent. Die drittgrößte Kostenkomponente sind sozialmedizinische Institute. Diese beinhalten Alters- und Pflegeheime sowie Institutionen für Behinderte und für Suchtkranke (17,5 Prozent). Dabei bezahlt der Patient durchschnittlich etwa ein Viertel der Kosten selbst. Der Rest wird durch die obligatorische Krankenversicherung, andere Sozialversicherungen und Steuern finanziert.

Das Gesundheitswesen ist einer der größten Arbeitgeber der Schweiz und verzeichnete von 2001 bis 2011, gemessen in Vollzeitäquivalenten, ein Wachstum von 28 Prozent (2,5 Prozent p.a.). 74 Prozent der gut 300.000 Beschäftigten im Gesundheitswesen sind im stationären Bereich tätig. Dabei entwickelte sich die Zahl der Betriebe im Gesundheitswesen in den letzten Jahren rückläufig. Insbesondere im stationären Bereich, bei den Arztpraxen sowie der Spitex (spitalexterne Hilfe und Pflege, d. h. Hilfe und Pflege zu Hause) war ein Konsolidierungsprozess zu verzeichnen. Eine Erklärung für diese Entwicklung findet sich nicht zuletzt im zunehmenden politischen Druck zur Kostenreduktion. Leistungserbringer sehen sich dadurch gezwungen, Synergien zu nutzen und Skaleneffekte zu realisieren.

Starke Regulierung

Regulatorische Vorgaben schränken für Anbieter von Gesundheitsdienstleistungen in vielen Bereichen den Marktzugang ein und schützen so einerseits bestehende Anbieter vor Wettbewerb. Andererseits determinieren sie auch die Grenzen des

unternehmerischen Spielraums. Die Preise im Gesundheitswesen sind weitgehend staatlich vorgegeben. Die Aufgabenteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden ist sehr komplex und daher für Außenstehende kaum zu durchschauen. Daher wurden in den letzten Jahren Reformen angestoßen, die unter anderem klare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten zum Ziel haben. Im Mittelpunkt stand hier das Krankenversicherungsgesetz (KVG) als zentrales Gesetz im Schweizer Gesundheitswesen. Anders als sein Name vermuten lässt, regelt das KVG faktisch weite Teile des Gesundheitswesens.

Aktuelle Entwicklungen

Mit der neuen Spitalfinanzierung, die Anfang 2012 eingeführt wurde, hat die nationale Gesundheitspolitik einen wichtigen Schritt in Richtung einer Berücksichtigung von Effizienzaspekten in der Gesundheitsgesetzgebung gemacht, so die Einschätzung der Studie. Ziel ist es, die Transparenz bei Spitalleistungen und Kosten zu verbessern und die unternehmerische Flexibilität der Spitäler zu fördern. Zudem sollen systematisch ein Qualitätswettbewerb implementiert und die Kosten gedämpft werden. Ob der gewünschte Wettbewerb auch tatsächlich einsetzen wird, ist noch offen. „Momentan lässt sich beobachten, dass die Kantone die KVG-Revision nicht einheitlich umsetzen, was zu Wettbewerbsverzerrungen führen dürfte.“

Davon unabhängig wird angenommen, dass sich die laufende Verschiebung des Spitalangebots vom stationären in den ambulanten Bereich fortsetzen wird, so dass die durchschnittliche Behandlungsdauer und damit die nötige Bettenkapazität weiter reduziert werden.

Fazit der Studie

„Die Nachfrage nach dem eigentlichen von den Spitalern bereitgestellten Gut ‘Gesundheit’ wird aller Wahrscheinlichkeit nach weiter zunehmen. Das zu erwartende Wachstum fällt in den einzelnen Regionen demographisch bedingt jedoch höchst unterschiedlich aus. (...) Vor allem in Regionen mit einem niedrigen Nachfragewachstum und einer hohen Versorgungsdichte dürften gerade kleinere Spitäler gezwungen sein, klug zu spezialisieren und mit anderen Institutionen – auch interkantonal – zu kooperieren, um im Wettbewerb um Patienten bestehen zu können.“

Diese Entwicklung führe zwangsläufig zu einem Konsolidierungsprozess. Einzelne Spitäler müssten sich künftig besser überlegen, welche Leistungen sie anbieten sollten. Das dürfte mancherorts zur Verlagerung von Spitalabteilungen in regionale Zentren führen und auch hier und da zur Schließung eines Betriebs. Dies werde „politische Nebengeräusche“ verursachen. Die Bevölkerung habe hohe Ansprüche an die zeitliche Erreichbarkeit von Spitalern, und diese stellen regional z. T. wichtige Arbeitgeber dar. Die heutige Versorgungssituation sei sehr luxuriös: „Trotz der schwierigen Topographie der Schweiz können gemäß unseren Berechnungen 98,4 Prozent der Bevölkerung mit dem Auto ein Allgemeinspital innerhalb von 20 Minuten erreichen.“

Viele kleine Spitäler böten eine breite Palette an Behandlungen an, was zur Folge habe, dass vielerorts bestimmte Behandlungen nur selten durchgeführt werden. Es sei jedoch unbestritten, dass die Qualität einer spezifischen Behandlung in einem Spital vielfach mit deren Fallzahl steigt. Aus diesem Grund sei der wohl unvermeidliche Konsolidierungsprozess nicht nur aus Effizienz-, sondern auch aus Versorgungs- und Qualitätssicht wünschenswert.

Um in einem wettbewerblich geprägten Umfeld erfolgreich bestehen zu können, sei eine günstige Positionierung in einem wachsenden Markt vorteilhaft. Noch wichtiger seien finanzierbare Immobilien. Sie seien unverzichtbar für den Spitalbetrieb und ebenso als Herberge für Patienten. Die zum Teil in die Jahre gekommenen Betreiberimmobilien stünden jedoch vor großen finanziellen Herausforderungen.

„Denn während sich die Ausgaben für Spitalleistungen gegenüber 1995 fast verdoppelt haben, bewegten sich die Investitionen in Um- und Neubauten von Allgemeinspitälern 2011 nur 8 Prozent über dem Niveau von 1995. Die Versäumnisse in der Vergangenheit müssen nun nachgeholt werden.“

Dennoch kommt die „Credit Suisse“ zu dem Schluss, dass die Herausforderungen, vor denen Spitäler und Kantone stehen, lösbar sind: „Gute Ärzte und Mitarbeiter, Spezialisierung, Kooperationen, ausgewogene Formen der privatwirtschaftlichen Finanzierung und die richtige geographische Positionierung sind die zukünftigen Erfolgsfaktoren. Konkurrierende Spitäler müssen sich, unterstützt von der kantonalen und idealerweise interkantonal koordinierten Spitalplanung, miteinander abstimmen und ein komplementäres Angebot bereitstellen. Eine weitere Möglichkeit besteht im Ausbau von Größenvorteilen an einem Standort, während weitere Standorte als Satelliten zur Erstversorgung betrieben werden. In der Summe muss dadurch nicht zwingend Personal oder Leistungsumfang reduziert werden, aber die Kosten dürften sinken und die Qualität z.T. gar zunehmen. Im Spital der Zukunft ist neben guten Ärzten und Pflegepersonal daher auch unternehmerisches Handeln gefragt.“

Die 42-seitige Studie „Gesundheitswesen Schweiz 2013 – Der Spitalmarkt im Wandel“ steht auf der Website der Credit Suisse [zum Download](#) zur Verfügung.

Grundsätze sicherer Personalbemessung für die Pflege veröffentlicht

Personalbemessung in der Pflege ist in Deutschland ein Thema, das politisch wenig Aufmerksamkeit genießt. Für Krankenhäuser wurde ab 1996 die Pflege-Personalverordnung ersatzlos gestrichen; ohne gesetzliche Vorgaben orientiert sich die Personaldecke seitdem abwärts mit gravierenden Folgen. Die chronische Unterfinanzierung führt im SGB XI-Bereich ebenfalls zu einer erheblichen Diskrepanz zwischen Pflegebedarf und zur Verfügung stehenden Personalressourcen. Der ohnehin drohende Fachkräftemangel hat sich auf diese Weise zusätzlich verschärft; Arbeit in der Pflege macht zudem zunehmend krank.

In anderen Industrieländern war die weltweite Finanzkrise Auslöser dafür, dass erhebliche Mittel in den Gesundheitsbudgets gestrichen wurden, häufig zulasten der Pflege. Vor diesem Hintergrund hat der Weltverband der Pflegeberufe ICN (International Council of Nurses) ein Positionspapier zum Thema „Sichere Personalbemessung in der Pflege“ herausgegeben und benennt darin eine Reihe unverzichtbarer Grundprinzipien. Das Positionspapier geht davon aus, dass professionelle Pflege wesentliches Element einer sicheren und effektiven Gesundheitsversorgung ist. Für eine sichere Personalbemessung müsse gewährleistet sein, dass während des Versorgungsverlaufs jederzeit eine angemessene Anzahl Pflegefachpersonen und andere Mitarbeiter zur Verfügung stehen. Diese müssten einen geeigneten Mix an Qualifikationen, Fähigkeiten und Erfahrungen mitbringen. Damit sei

sicherzustellen, dass der Pflegebedarf der Patienten erbracht und gefahrlose Arbeitsbedingungen gewährleistet werden können.

Beispiele für Schlüsselprinzipien

„Sichere Personalbemessungsniveaus sind unmittelbar verknüpft mit ...

- besseren Patienten-Outcomes und Patientenzufriedenheit;
- besserer Anleitung und Betreuung für Pflegefachpersonen, unterstützende Helfer und das gesamte therapeutische Team;
- gesteigerter Mitarbeiterbindung und –gewinnung sowie Nachhaltigkeit der Belegschaft;
- höherer Kosteneffizienz im Gesundheitssystem“,

konstatiert der ICN. Um sichere Personalbemessungsniveaus zu gewährleisten, nennt der Weltverband eine Reihe von Schlüsselprinzipien, die zu berücksichtigen sind. So müssten z. B. sichere Personalbemessungs-Level die Fähigkeiten, Erfahrungen und das Wissen abbilden, die notwendig sind, um dem Patientenbedarf zu entsprechen. Gleichzeitig müssten sie den Schweregrad von Erkrankungen berücksichtigen. Auch sollte das Arbeitsvolumen sowohl für Teams als auch für jeden einzelnen Mitarbeiter leistbar sein. Es sollte eine kommunikative und unterstützende Arbeitskultur gegeben sein, mit hoher Priorität auf Gesundheitsförderung und Arbeitsschutz, guter Anleitung, angemessener Schulung und guter Arbeitsplatzgestaltung. Dabei könnten sich beschränkte Budgets und Ressourcen direkt auf die Sicherheit und Qualität der Patientenversorgung auswirken.

Pflegefachpersonen müssten die Kompetenz erhalten, weitere Aufnahmen zu stoppen, wenn Situationen mit ungenügender Personaldecke entstehen. Alle Veränderungen der Personalbemessung müssten durch eine Verlaufsbeobachtung und eine Evaluation begleitet werden, die Auswirkungen und aufgetretene Effekte erfasst. Dabei sollten nicht nur die Auswirkungen für die Patienten, sondern ebenso für die Belegschaft und die Arbeitsplätze in den Blick genommen werden. Sicherheit in der Personalbemessung hänge auch davon ab, wie gut sich unterschiedlich qualifizierte Mitarbeiter einbringen. Die gewählten Strategien für eine sichere Personalbemessung müssten lokale Bedarfe und Gegebenheiten ebenso berücksichtigen wie die Anforderungen der Bevölkerung an eine Gesundheitsversorgung, die derzeitige Struktur der Leistungserbringung, verfügbare Ressourcen, Ausbildungsplätze und Versorgungskapazitäten. Zudem seien die vor Ort anzuwendende Gesetzgebung und Regulierung, Standards, Leitlinien und Instrumente einzubeziehen.

Der ICN kommt zu dem Schluss: „International betrachtet, ist es wichtig zu verstehen, dass Gesundheitsversorgung auf ganz verschiedenen Wegen erfolgt. Weltweit arbeiten Pflegefachpersonen Seite an Seite mit unterschiedlichsten Arten von Gesundheitsdienstleistern und innerhalb diverser Modelle der Personalbemessung und Leistungserbringung. Wenn auch das Umfeld der Versorgung variiert, die Notwendigkeit einer sicheren Personalbemessung bleibt.“

Das vollständige Papier ist in deutscher Übersetzung als Download abzurufen unter
http://www.dbfk.de/download/download/ICHRN_Sichere-Personalbemessung_-deutsch_2013-08-06.pdf

Management

Expertenentscheidungen folgen einfachen Strategien

Wie treffen Experten Entscheidungen? Und wie unterscheiden sie sich dabei von Laien? Das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung untersuchte in Zusammenarbeit mit der Universität Basel diese Fragestellungen am Beispiel des Entscheidungsverhaltens von Schweizer Zollbeamten an den internationalen Flughäfen Zürich und Basel. Dazu haben die Forscher 31 Zollbeamte mit einer durchschnittlichen Berufserfahrung von 16 Jahren befragt und die Ergebnisse mit den Entscheidungen einer vierzigköpfigen Laiengruppe verglichen. Die Kernfrage war, nach welchen Mustern Zollbeamte und Laien Passagiere für eine Durchsuchung nach geschmuggelten Drogen aussuchen. Die Erkenntnis: Die Experten verlassen sich oft auf einfache Daumenregeln.

Die Befragten sollten aus jeweils zwei Beispiel-Steckbriefen von Passagieren denjenigen auswählen, den sie eher des Schmuggels illegaler Substanzen verdächtigen würden. Zudem sollten die Probanden angeben, welche der acht Kriterien – Herkunftsflughafen, Geschlecht, Nationalität, Alter, Anzahl des Gepäcks, Augenkontakt mit Zollbeamten, Kleidung sowie Schrittgeschwindigkeit – für ihre Entscheidung am ausschlaggebendsten war und diese in eine Rangfolge bringen.

Hoher Zeitdruck erfordert schnelle Entscheidung

Zwei Drittel der befragten Zollbeamten trafen ihre Entscheidungen auf Basis einer sehr einfachen Daumenregel: „Die Beamten haben eine Art Checkliste im Kopf. Sobald eines dieser Kriterien erfüllt wird, fällt die Entscheidung und der Passagier wird zur Gepäckkontrolle gebeten“, sagt Studienleiter Thorsten Pachur vom Max-Planck-Institut für Bildungsforschung. So war für die Zollbeamten zunächst die Information entscheidend, aus welchem Land der Fluggast anreist. Erst im nächsten Schritt wurden weitere Informationen, wie beispielsweise die Anzahl der mitgeführten Gepäckstücke berücksichtigt. Laien hingegen machten sich die Entscheidung nicht ganz so einfach. Sie wendeten eine komplexere Strategie an und integrierten mehrere Kriterien. Abweichend von den Zollbeamten maßen sie Kriterien wie dem Blickkontakt und der Schrittgeschwindigkeit der Passagiere, eine höhere Bedeutung zu.

„Die Zollbeamten waren sich in ihren Antworten wesentlich einiger als die Laien. Ihre Strategie ist also wahrscheinlich nicht nur effizienter, sondern auch erfolgsversprechender“, so Pachur. Der hohe Zeit- und Erfolgsdruck machten es für die Zollbeamten notwendig, sich schnell zu entscheiden. „Interessanterweise hat sich in weiterführenden Gesprächen gezeigt, dass die Zollbeamten keine offiziellen Vorgaben dazu haben, nach welchen Gesichtspunkten die Passagiere ausgewählt werden müssen“, sagt der Wissenschaftler. Diese Strategien scheinen somit auf Erfahrungen zu beruhen, welche in Gesprächen unter den Zollbeamten weitergegeben werden.

Nach Ansicht des Wissenschaftlers machen die Studienergebnisse die Bedeutung von einfachen Entscheidungsstrategien für Experten deutlich. Frühere Untersuchungen in anderen sicherheitsrelevanten Berufsgruppen, wie beispielsweise zur polizeilichen Beurteilung von Einbruchswahrscheinlichkeiten, stützten dies. Entscheidungskompetenz scheint also häufig auch zu bedeuten, Informationen zu ignorieren, um Entscheidungen effizient zu treffen.

Weitere Informationen und eine Bestellmöglichkeit der Studie (engl.) von Pachur und Marinello „Expert intuitions: How to model the decision strategies of airport customs officers?“, Acta Psychologica 2013, sind [hier](#) zu finden.

Marketing

Social Media-Firmenmarketing ist wenig gefragt

Im Oktober und November 2012 hat die Fachhochschule Frankfurt am Main 484 Studierende der FH Frankfurt und der FH Mainz zu ihren Nutzungsgewohnheiten im Internet befragt. Die Ergebnisse wurden jetzt in Form der Studie „(Wo)men Online 2013“ vorgelegt. Ziel war es, Erkenntnisse darüber zu gewinnen, welche Anwendungen online oder in den Social Media genutzt werden, in welcher Häufigkeit und für welche konkreten Tätigkeiten. Wichtig war es zudem, Unterschiede im Nutzungsverhalten von Frauen und Männern herauszufinden.

„Seit Aufkommen des Internets lautet eine These, junge Erwachsene seien nicht mehr über „traditionelle“ Medien wie Fernsehen oder Print zu erreichen, sondern verbrächten ihre Zeit primär im Internet“, erklärt Prof. Dr. Angelika Wiltinger, Professorin für BWL und Marketing der FH Frankfurt, die die Studie durchgeführt hat. Diese These lasse sich mit der vorliegenden Untersuchung nicht bestätigen, da die Studierenden durchaus noch die „traditionellen“ Medien, insbesondere Fernsehen, gerne und häufig nutzten.

„Für die oftmals geforderte bedingungslose Online-Präsenz von Unternehmen in den Social Media bedeutet dies Einschränkungen: Unternehmenssites bei Facebook, Firmenchannels bei YouTube oder Unternehmenstweets bei Twitter interessieren die befragte Zielgruppe wenig bis gar nicht“ fasst Wiltinger zusammen. „Das wirft die Frage auf, ob sich die Präsenz in den Social Media für alle Unternehmen lohnt oder notwendig ist. In jedem Fall sollte die Zielgruppenansprache im Firmenmarketing überdacht werden.“ Allerdings, so Wiltinger, stellten die Ergebnisse den heutigen Erkenntnisstand dar, wie sich die Branche weiterentwickeln werde, sei schwer prognostizierbar.

Breite Mediennutzung vorherrschend

Die befragte Zielgruppe besitze zahlreiche digitale Endgeräte, darunter jeder einen PC und ein Smartphone, doch nur noch 66 Prozent ein Festnetztelefon. Die Mediennutzung werde zwar durch das Internet dominiert, aber gerade die TV-Nutzung des klassischen TV-Geräts sei bei über der Hälfte der Befragten nach wie vor sehr hoch. So werde immer noch mehrfach täglich ferngesehen und zwar vor dem klassischen TV-Gerät. Noch mehrfach wöchentlich griffen 23 Prozent der Befragten zur Tageszeitung und 48 Prozent zu einem Buch. 88 Prozent der Befragten nutzten täglich das Internet vom PC aus und 75 Prozent bereits mobil. Rund ein Drittel surfe mehr als 3 Stunden täglich.

Die Zielgruppe beschränke sich im Internet auf nur einige wenige Aktivitäten: So werden primär Informationen (56 Prozent) gesucht oder Social Communities (65 Prozent) genutzt, nur selten bis gar nicht würden aktiv Beiträge für Foren oder Produktbewertungen geschrieben oder an Auktionen teilgenommen.

Der Social Media-Markt werde von Facebook und YouTube dominiert. Mit großem Abstand folgten Xing, Instagram, Google Plus, Twitter und Qype sowie die VZ-Netzwerke. Mit Facebook beschäftige sich die Mehrheit der Zielgruppe (89 Prozent) täglich. Knapp 60 Prozent verbrächten pro Tag bis zu eine Stunde in Facebook, wobei das Betrachten von Profilen oder Fotos/Videos und das Schreiben von Nachrichten im Vordergrund stünden. „Gerade die aus Marketingsicht relevanten Tätigkeiten wie die Suche nach

Unternehmens- oder Markenprofilen oder Produktbewertungen werden sehr selten bis gar nie unternommen", ergänzt Wiltinger. Mit YouTube beschäftigt sich die Mehrheit der Zielgruppe ebenfalls täglich, allerdings weniger aktiv und weniger lang, 66 Prozent der Zielgruppe ist täglich bis zu 30 Minuten aktiv. Firmenchannels werden kaum abonniert, Beiträge kaum kommentiert oder kaum selbst Videos hochgeladen. Die Social Media-Plattformen werden primär zum Netzwerken genutzt, nur sehr wenige geben an, dass sie dort ihre Meinung äußern oder Self-Marketing betreiben wollen.

Geschlechtsspezifische Mediennutzung

Weibliche und männliche Studierende besitzen annähernd gleich viele Endgeräte aus dem digitalen Bereich; deutliche Unterschiede liegen bei MP3-Playern und Festnetztelefonen vor, die mehr Frauen besitzen, mehr Männer dagegen eine Spielekonsole und eine hochwertige Musikanlage. Im Bereich Print lesen Männer mehr Tageszeitung, Frauen greifen häufiger zu einem Buch. Die Onlinenutzung der weiblichen und männlichen Studierenden ist sehr unterschiedlich: Männliche Studierende sind im Internet eindeutig länger, häufiger und aktiver tätig.

Weibliche Studierende telefonieren und posten lieber und mehr. Einzig bei Facebook zeigen die weiblichen Studierenden eine leicht erhöhte Aktivität verglichen mit den Männern. Dafür sind die männlichen Studierenden bei YouTube weitaus aktiver. Hauptgrund für die Aktivität in den Social Communities ist der Kontakt zu Freunden. Auffallend mehr Frauen geben an, dass sie dort auch den Kontakt zur Familie halten wollen und auffallend mehr Männer suchen dort neue Kontakte bzw. wollen sich selbst präsentieren.

Die Studie „(Wo)men Online 2013“ von Angelika Wiltinger ist im Cuvillier Verlag, Göttingen, erschienen (ISBN 978-3-95404-436-8) und kostet 9,80 Euro. Kontakt: FH Frankfurt am Main, Fachbereich 3: Wirtschaft und Recht, Prof. Dr. Angelika Wiltinger, Telefon: 069/1533-2999, E-Mail: wiltin@fb3.fhfrankfurt.de

Umwelt

Energiearmut – eine neue Herausforderung

Auf der Suche nach neuen Trends stößt man häufig auf das Wort „Energiearmut“. Beim näheren Hinsehen handelt es sich allerdings nicht um ein Life-balance-Thema. Man bekommt keine Hinweise, wie man seine Energiereserven mobilisiert und den eigenen Energielevel erhöht. Nein, der Begriff „Energiearmut“ hat sich etabliert, weil er einen komplexen Zusammenhang auf den Punkt bringt: Immer mehr Menschen können ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen und ihnen wird daraufhin die Stromzufuhr gesperrt.

Die Friedrich Ebert Stiftung (FES) widmet ihre August-Ausgabe „direkt“ dem Thema „Energiearmut als Querschnitts-Herausforderung – Impulse für eine politische Strategie“. Die Darstellung basiert auf Erfahrungen der Verbraucherzentrale NRW.

Energiearmut sei sehr eng mit zu geringem Einkommen verbunden. Bei den davon betroffenen Menschen handele es sich nicht nur um Empfänger von Sozialtransfers, sondern auch um Haushalte, die knapp über dem Regelsatzniveau liegen und keine staatliche Hilfe bekommen, oder auch um Rentner, die zu stolz sind, zum Sozialamt zu gehen.

Entwicklung und Ursachen

Die Anzahl der Haushalte, die von Energiearmut betroffen sind, sei stark angestiegen. Allein in 2010 seien in NRW hochgerechnet 120.000 Energiesperren registriert worden. In ganz Deutschland habe die Bundesnetzagentur im Jahr 2011 über 300.000 Stromsperren verzeichnet. Gegenwärtig sähen 71 Prozent der Energieversorger Zahlungsverzug und Energieschulden als zunehmend problematisch an.

Eine wesentliche Ursache sei die Einkommens- und Energiepreisentwicklung der letzten Jahre. Seit der Jahrtausendwende seien zum Beispiel der Preis für Gas um nahezu 80 Prozent und der für Strom um 90 Prozent gestiegen. Hinzu komme, dass die Kosten für die Energiewende größtenteils von Privathaushalten sowie kleinen und mittelständischen Unternehmen zu stemmen sei.

Wege aus der Energiearmut

Die FES-Autoren Klaus Müller (Vorstand der Verbraucherzentrale NRW und Minister a. D.) und Claudia Bruhn (Projektleiterin „NRW kämpft gegen Energiearmut“ in der Verbraucherzentrale NRW) sehen die Politik in der Verantwortung, die zahlreichen Befreiungen und Ermäßigungen stromintensiver Unternehmen auf ein vertretbares Maß zu reduzieren. Eine weitere Möglichkeit sei die Einführung eines Grundfreibetrages oder „eine Reduzierung auf die ersten Kilowattstunden in der Stromsteuer“. Hauptaugenmerk sei nach wie vor auf die Reduzierung des Stromverbrauches zu legen. In NRW seien durch die „Energiesparinitiative Bonn“ durchschnittliche Verbrauchsreduzierungen von 6 Prozent erreicht worden.

Allerdings sei das Problem durch Energiesparen allein nicht zu lösen. Zurzeit würden einkommensschwache Haushalte die höchsten Strompreise zahlen, da sie bei negativer Schufa-Auskunft zu keinem preiswerteren Anbieter wechseln könnten. Ein Weg, der Energiesperre zu entgehen, seien Prepaid-Modelle. Die neuen Zähler, die sich Smart Meter nennen, würden den Stromverbrauchern helfen, ihren Energieverbrauch im Auge zu behalten und Nachforderungen zu vermeiden.

Landesmodellprojekt in NRW

Beim Landesmodellprojekt „NRW kämpft gegen Energiearmut“, das von der Verbraucherzentrale NRW in ihren Beratungsstellen in 8 Städten durchgeführt wird, erhalten Ratsuchende eine Budget- und Rechtsberatung. Das Angebot werde verbunden mit einer Energiesparberatung und einem Stromspar-Check der Caritas oder von Energieberatern der Verbraucherzentrale vor Ort. Gleichzeitig wird Hilfe angeboten bei Verhandlungen mit dem Energieversorger, dem Jobcenter und anderen Beratungsinstitutionen. Bis einschließlich Juni 2013 seien 463 Haushalte mit Zahlungsproblemen beraten worden. In 87 Prozent der Fälle konnten Energiesperren abgewendet werden.

Ein Fazit der Autoren lautet: Um Energiearmut zu vermeiden, „dürfen Energie- und Sozialpolitik sich nicht gegenseitig die Verantwortung zuschieben, sondern müssen den Mut haben, gemeinsam neue Wege auszuprobieren,...“.

Den Beitrag finden Sie unter folgendem Link: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/10191.pdf>

Europa

Beschäftigungspotenzial des ambulanten Pflegesektors in Europa

Die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen „Eurofound“ hat einen Forschungsbericht zur Ausschöpfung des Potenzials für die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Bereich der häuslichen Pflege in Europa veröffentlicht.

In diesem Bereich besteht ein großes Beschäftigungspotenzial, da aufgrund der Bevölkerungsalterung die Nachfrage nach mehr und besseren Arbeitsplätzen in der Langzeitpflege weiter steigt. Dieser Sektor ist einer der wenigen, der in den letzten fünf Jahren einen Beschäftigungsanstieg verzeichnen konnte: um 6 Prozent zwischen 2008-2010 und um 2,6 Prozent von 2010-2012. Insgesamt sind aktuell mehr als 13 Millionen Menschen im Gesundheitswesen beschäftigt, knapp 5 Millionen allein im Bereich der häuslichen Pflege. Dennoch bremsen schwierige Arbeitsbedingungen, unzureichende Fachkompetenzen und niedrige Löhne dieses Beschäftigungswachstum. Auch ein Mangel an Bewerbern sowie Haushaltszwänge sind hier hinderlich.

Erfolgreiche Initiativen zur Personaleinstellung und Personalbindung

Um diese Hindernisse zu überwinden, analysiert der Bericht, wie Maßnahmen zur Personaleinstellung und -bindung bei häuslichen Pflege- und Unterstützungsdiensten zum Beschäftigungswachstum beitragen und die drohende Zunahme des bestehenden Arbeitskräftemangels, vor allem bei höher qualifiziertem Personal, verhindern können. Hierzu werden 30 erfolgreiche Initiativen in verschiedenen Bereichen aus 10 EU-Mitgliedsstaaten, u. a. Deutschland, vorgestellt.

Thematisiert wird beispielsweise die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen im Bereich der gemeindenahen Gesundheits- und Sozialdienste, da diese zunehmend nachgefragt werden. Dies ist damit zu begründen, dass die Kosten geringer sind, Patienten ihr Leben unabhängiger gestalten können und dass sich Assisted Living-Technologien weiterentwickelt haben. Weiterhin werden Initiativen zur Verbesserung der Qualität der Arbeitsplätze vorgestellt, die zum Ziel haben, diese Berufe für Neueinsteiger attraktiver zu machen und die Fachkräfte, die bereits in der Pflege arbeiten, im Beruf zu halten. Hierbei ist es von besonderer Bedeutung, die Arbeitsbedingungen und Löhne zu verbessern.

Der Bericht zeigt auch Fallbeispiele für Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität von Dienstleistungen. Dies kann erreicht werden, indem verstärkt praxisorientiertes Training und hochwertige Weiterbildungsmaßnahmen angeboten werden, insbesondere hinsichtlich unterstützender Technologien. Zudem könnten Datenerfassung und -nutzung deutlich verbessert werden, um die Arbeitsmarktpolitiken nationaler und europäischer Behörden besser zu evaluieren und anzupassen.

Rekrutierungsansätze für verschiedene Zielgruppen

Darüber hinaus appelliert der Bericht daran, das Berufsfeld für junge Menschen interessanter zu gestalten, um so die hohen Jugendarbeitslosenquoten zu senken, jungen Menschen einen Berufseinstieg zu ermöglichen und gegen den sich ausweitenden Fachkräftemangel, insbesondere bei höher qualifiziertem Personal - nahezu ein Drittel der Beschäftigten in diesem Sektor sind über 50 Jahre alt - vorzugehen. In diesem Sinne sollen ebenfalls verstärkt Menschen mit Migrationshintergrund,

Langzeitarbeitslose sowie Menschen mit Behinderung rekrutiert werden.

Um junge Menschen auf die Pflegeberufe aufmerksam zu machen, muss der Akzent auf praktische Arbeit und auf Praktikumsmöglichkeiten im Wohnumfeld gelegt werden. Weiterhin gibt es Initiativen, um speziell junge Männer für die Pflegeberufe zu interessieren, wie die „Boys' Day“-Initiative in Österreich. Die „Care4future“-Initiative in Deutschland setzt auf den Mehrwert eines Peerlearning-Ansatzes, in dessen Rahmen Auszubildende Sekundarstufenschülern die Pflegeberufe vorstellen, u. a. im Rahmen eines zweiwöchigen Praktikums. Dies ermöglicht eine informelle Atmosphäre und einen entspannten ersten Einblick in das Berufsfeld.

Menschen mit Migrationshintergrund sowie gering qualifizierte Bewerber benötigen intensives, auf sie angepasstes Training sowie individuelle Betreuung. In Dänemark beispielsweise steht jedem Auszubildenden ein Mentor zur Seite, der ebenfalls den Kontakt mit der Schule pflegt. Hier wird Wert auf ein unkompliziertes Verhältnis zwischen Mentor und Auszubildendem gelegt. Ein Faktor hierfür ist beispielsweise ein möglichst kleiner Altersunterschied.

Staatliche Beihilfen für Arbeitnehmer, die Menschen mit Behinderung einstellen, können zur Erhöhung der Beschäftigungsquote dieser Gruppe beitragen. Auch ist u. a. die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs nötig, um Menschen mit Behinderung zu ermöglichen, ihre Arbeitsstätte aufzusuchen.

Der Bericht ist [hier](#) und die deutschlandspezifischen Analysen sind [hier](#) in englischer Sprache nachzulesen.

Materialien

Alternde Gesellschaft – eine Bedrohung? Ein Gegenentwurf von Andreas Kruse

Erschienen in der Reihe „Soziale Arbeit kontrovers“, Band 2, herausgegeben vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. und Lambertus-Verlag, Freiburg 2013, 56 S., 7,50 Euro, ISBN: 978-3-7841-2406-3. Die Publikation kann über den [Deutschen Verein](#) bestellt werden.

Der demographische Wandel wird in Deutschland zu einer alten Gesellschaft führen. Dies ist inzwischen eine allgemein bekannte Tatsache und wird auch von niemandem mehr bezweifelt. Über die damit verbundenen Folgen gehen die Meinungen allerdings sehr weit auseinander. Zumeist wird die Entwicklung als zukünftige Bedrohung dargestellt. Genannt werden in diesem Zusammenhang beispielsweise die enorme Belastung für die sozialen Sicherungssysteme, die Unproduktivität der Ökonomie einer alten Gesellschaft, da dieser die produktiven und kreativen Kräfte fehlen sowie der Generationenkonflikt, der sich unvermeidlich zwischen Alt und Jung einstellen müsse.

Potenziale des Alters unterschätzt und vernachlässigt

Diesen Negativ-Szenarien setzt Prof. Dr. Andreas Kruse, Direktor des Instituts für Gerontologie an der Universität Heidelberg, in seinem Buch „Alternde Gesellschaft – eine Bedrohung? Ein Gegenentwurf von Andreas Kruse“ die These entgegen, dass in der Diskussion um die zukünftige Entwicklung die Potenziale des Alters unterschätzt und vernachlässigt werden. Dies bezieht er insbesondere auf die Bereiche Arbeitswelt und Zivilgesellschaft. Nicht unberücksichtigt gelassen wird vom Autor die so genannte Verletzlichkeitsperspektive, d. h. eine mit dem Alter abnehmende Leistungsfähigkeit sowie das wachsende Risiko von Erkrankungen. Ein besonderes Augenmerk wird hierbei auf das Thema Demenz gelegt.

Kriterien einer alters- und pflegefreundlichen Kultur

Vor diesem Hintergrund werden basierend auf aktuellen Forschungsergebnissen Kriterien für eine alters- und pflegefreundliche Kultur entwickelt, die die Potenziale der älteren Menschen fördert und die gesellschaftliche Teilhabe sichert. Als Merkmale einer altersfreundlichen Kultur werden u. a. aufgeführt:

- Einbeziehung älterer Menschen in den gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Diskurs.
- Eingebundenheit älter Menschen in eine Generationenfolge zur Verwirklichung des Generativitäts- und Transzendenzmotivs.
- Abbau der sozialen Ungleichheit innerhalb der Gruppe älterer Menschen und die Sicherstellung einer bedarfsgerechten medizinisch-pflegerischen Versorgung.
- Rahmenbedingungen, die sich förderlich auf die Verwirklichung von Potenzialen auswirken, z. B. flexiblere Altersgrenzen in der Arbeitswelt und Abbau aller Altersgrenzen im Bereich des bürgerlichen Engagements.
- Anerkennung der Rechte, Ansprüche und Bedürfnisse aller Generationen.

Als Kriterien für eine pflegefreundliche Kultur werden vom Autor u. a. folgende Punkte identifiziert:

- Schaffung von infrastrukturellen Rahmenbedingungen für eine gute Pflege, die die Selbstverantwortung des Menschen – auch wenn diese bei Menschen mit Demenz nur in ihren Resten erkennbar ist – anerkennt und diesen zur Verwirklichung verhilft. Hierunter fallen beispielsweise die angemessene Bezahlung der Pflegekräfte, die Kooperation der Pflege mit anderen medizinischen Disziplinen sowie die Schaffung von Wohngruppen im Quartier.
- Stärkung der Rehabilitation und der rehabilitativen Pflege für Menschen in allen Altersgruppen.
- Integration von bürgerschaftlichem Engagement in den Pflegeprozess, so dass sich eine „sorgende Gemeinschaft“ aus Pflegefachkräften, Familienangehörigen und bürgerlich engagierten Personen bilden kann.
- Herbeiführung einer gesellschaftlichen Wertschätzung für die pflegerische Tätigkeit und die Pflegeberufe.

Letztendlich bestehen nach der Lektüre dieses Buches gute Gründe, den demographischen Wandel nicht nur als Gefahr für die Gesellschaft zu sehen und folglich ein wenig optimistischer in die Zukunft zu blicken. Die positiven Perspektiven stellen sich jedoch vermutlich nicht automatisch ein. Hierfür sind deutliche Investitionen der ganzen Gesellschaft und folglich von jedem Einzelnen notwendig.

Impressum

Verlag/Herausgeber:

BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG
Wörthstraße 15-17, 50668 Köln
Telefon 0221 / 97356-210
Telefax 0221 / 97356-479

Redaktion:

Stephanie Rüth (v.i.S.d.P.), s.rueth@sozialbank.de
Jens Hayer, E-Mail: j.hayer@sozialbank.de (Gesellschaft, Materialien)
Nurcan Karapolat, E-Mail: n.karapolat@sozialbank.de (Gesellschaft)
Hella Krauß, E-Mail: h.krauss@sozialbank.de (Umwelt)
Katja Reuter, E-Mail: k.reuter@eufis.de (Europa)

ISSN: 1869-7631
Erscheinungsweise: monatlich